

**43**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 23. Oktober 1975

## Sofortprogramm beschlossen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 20. Oktober 1975 folgenden Beschluß gefaßt:

In der gegenwärtigen Lage sind alle Bemühungen der Finanz- und Wirtschaftspolitik darauf zu konzentrieren,

- die Arbeitslosigkeit zu überwinden,
- die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft wieder herzustellen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern,
- ein angemessenes Wirtschaftswachstum bei stabilen Preisen zu erreichen,
- die Substanz insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten.

Damit wird auch eine Voraussetzung dafür geschaffen, die von der CDU/CSU eingeleitete Politik der Eigentumsbildung in breiten Schichten der Bevölkerung fortzusetzen und weiter zu aktivieren.

Zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise sind

- ordnungspolitische Klarheit,
- Rückführung der Staatsausgaben und -aufgaben auf ein vertretbares Maß und gesicherte Rahmenbedingungen im Steuerbereich

notwendig.

(Fortsetzung auf Seite 2)

### ■ BUNDES-VORSTAND

Bei der Bundestagswahl 1976 gilt es nach Feststellung Helmut Kohls, den Anteil der „Urwähler“ zu halten und rund 15 Prozent der Wechselwähler zu gewinnen.

Seite 4

### ■ § 218

Mit einem eigenen Gesetzentwurf hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu der wichtigen Frage des Abtreibungsparagraphen 218 Stellung bezogen.

Seiten 5/6

### ■ ARTIKELGESETZ

Die SPD-Bundesregierung qualifiziert die Reformen, mit denen sie ab 1969 das moderne Deutschland schaffen wollte, als Wildwuchs ab und will sie über den Bundestag wieder abschaffen.

Seiten 7/8

### ■ PARTEITAG

Die CDU will, das wurde beim 20. Landesparteitag in Landau deutlich, mit Entschlossenheit und Herz in den kommenden zwölf Monaten für eine Wende in der deutschen Politik kämpfen.

Seiten 14/15

### ■ 25 JAHRE CDU

Bei einem Empfang zum 25jährigen Bestehen der Bundespartei stellte Helmut Kohl fest: Wir stehen zur Geschichte der Union.

Seiten 12/13 Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### Förderpreis zum 100. Geburtstag Adenauers

Aus Anlaß des 100. Geburtstags Konrad Adenauers vergibt im Jahre 1976 die Konrad-Adenauer-Stiftung erstmals einen Förderpreis, der mit 10 000 DM dotiert ist. Mit diesem Preis soll das Andenken an den Staatsmann und ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie an den christlich-demokratischen Parteiführer gewürdigt werden, wobei die Aktualität seiner politischen Leitlinien herausgehoben werden soll. Die Ausschreibung

des Preises erfolgt durch Aushang in allen Universitäten der Bundesrepublik. Ausgezeichnet wird die beste wissenschaftliche Arbeit, die im Jahre 1975/76 folgenden Themenkreis behandeln soll: „Programmatik, politische Praxis und Chancen der christlich-demokratischen Bewegung.“

### CDU gegen Zurückstufung

Der CDU-Kulturausschuß hat sich nachdrücklich gegen Überlegungen ausgesprochen, die Grund- und Hauptschullehrer besoldungsmäßig zurückzustufen. Kultusminister Bernhard Vogel betonte als Vorsitzender, es entspreche nicht den Vorstellungen der Union, einzelnen Gruppen im „besonderen Maße“ die Kosten notwendiger Sparmaßnahmen

(Fortsetzung von Seite 1)

Die erforderlichen steuerlichen Entlastungen können angesichts der riesigen Defizite in den Staatshaushalten nicht alle sofort verwirklicht werden. Deshalb schlägt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Stufenplan folgende Maßnahmen vor:

#### Als Sofortmaßnahmen

- 1 Einführung eines Verlustrücktrages (Rücktrag der Verluste in die zwei vorangegangenen Wirtschafts-Jahre, Begrenzung auf 5 Mio. DM, erstmalige Anwendung auf Verluste des Jahres 1975).
- 2 Verbesserung der degressiven Abschreibung auf das 2<sup>1/2</sup>fache der linearen Abschreibung.
- 3 Eine zeitlich begrenzte Wiedereinführung der Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen als Sonderausgaben von der Einkommensteuer.

#### Als mittelfristig einzuführende Maßnahmen

- 1 Senkung der Vermögensteuer für nicht natürliche Personen von 1 v. H. auf 0,7 v. H. für natürliche Personen von 0,7 v. H. auf 0,5 v. H.
  - 2 Steuererleichterungen zur Belebung der Bauwirtschaft im Rahmen des § 7 b EStG.
  - 3 Erhöhung der Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen auf 10 v. H.; Wiedereinführung der Sonderabschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen (§ 82 EStV).
  - 4 Verzicht auf die Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer, Ausgleich des Einnahmeausfalls bei den Gemeinden durch eine entsprechende Anhebung des Anteils an der Einkommensteuer und Einführung von Höchstgrenzen für die Hebesätze der Gemeinden.
- Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht außerdem darauf, daß die Körperschaftsteuerreform noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

men zuzumuten; schon gar nicht dürften Grund- und Hauptschullehrer in die Gefahr geraten, „abgestuft zu werden“.

## Erst genau prüfen

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat die Beratung des Entwurfs des Strafvollzugsgesetzes unterbrochen und die weitere Erörterung vorerst ausgesetzt, da die Bundesregierung sich außerstande sah, eine exakte Kostenbelastung vorzutragen, die den Bundesländern durch den Vollzug dieses Gesetzes erwachsen wird. Angesichts der im Haushaltsstrukturgesetz vorgesehenen drastischen Kürzungen von Sozialleistungen für weite Kreise der Bevölkerung sieht sich die CDU/CSU gegenwärtig nicht in der Lage, dem Strafvollzugsgesetz, das erhebliche Kostenmehrbelastungen mit sich bringt, ohne gründliche Prüfung zuzustimmen.

## China baut auf Einheit Deutschlands

China gehe davon aus, daß das deutsche Volk mit Sicherheit wiedervereinigt werde, erklärte der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Teng Hsiao-ping, auch wenn man heute nicht sagen könne, ob die Wiedervereinigung in Jahren oder erst in Jahrzehnten komme. Teng erklärte, eine Fortdauer der Teilung Deutschlands müsse auf lange Sicht zu Krieg oder Revolution in Europa führen. Das deutsche Volk in Ost und West hoffe auf eine Wiedervereinigung. Der Standpunkt der ostdeutschen Führer, es gebe nicht nur zwei deutsche Staaten, sondern zwei deutsche Nationen, ist nach chinesischer Ansicht unhaltbar. Die künstliche Teilung laufe dem Willen des deutschen Volkes zuwider und sei ebenso unpopulär wie die Teilung Koreas oder wie es die Teilung Vietnams war.

## STICHWORTE

### Uneinig sind sich

*die Bundesbürger in der Frage, ob Sparen oder Konsumieren aus der Wirtschaftskrise führt. 36 v. H. sind fürs Sparen, 35 v. H. fürs Geldausgeben. Der Rest: Unentschieden. Allensbach-Umfrage.*

### 210 Todesurteile

*sind in der DDR seit 1968 gefällt worden, gab die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU bekannt.*

### 900 „Berater“

*besoldet das Bundesforschungsministerium. Die CDU/CSU fordert eine Durchforstung dieser „Alibigremien der Bürokratie“.*

### Gestohlen

*aus Depots der Bundeswehr und Stationierungstruppen wurden im Verlauf eines Jahres 3 490 Waffen, 426 230 Schuß Munition und 90 Raketen.*

### Die Angst

*vor dem Verlust des ewigen Lebens als Strafe für die Tötung von Menschen kann als Gewissensentscheidung bei Kriegsdienstverweigerern in Betracht kommen. Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts Berlin.*

### Die Steuereinnahmen

*der Gemeinden nahmen im ersten Halbjahr um 5,8 v. H. auf 15,3 Milliarden DM zu.*

### Der Hermann-Ehlers-Förderpreis,

*der erstmals vergeben wurde, ist dem Landesvorsitzenden der Jungen Union Baden-Württembergs und ehemaligen RCDS-Bundesvorsitzenden, Gerd Langguth, für seinen Einsatz an den Bundesdeutschen Hochschulen verliehen worden.*

## ■ BUNDESPARTEI

### „Urwähler“ halten und Wechselwähler hinzugewinnen

**Anfang November wird Helmut Kohl seine Kernmannschaft der Öffentlichkeit vorstellen. Unter Leitung der Generalsekretäre Prof. Kurt H. Biedenkopf und Gerold Tandler wird außerdem eine kleine Kommission von CDU und CSU in Kürze damit beginnen, den Entwurf des gemeinsamen Wahlkampfprogramms der Union auszuarbeiten.**

**D**iese Vereinbarungen mit Franz Josef Strauß teilte der Parteivorsitzende dem Bundesvorstand in seiner Sitzung am 20. Oktober 1975 in Bonn mit. Zu dem Verlauf der Sitzung erklärte Helmut Kohl:

„Ich will auch hier noch einmal das wiederholen, was ich in der Sitzung sagte und was von allen Seiten akzeptiert wurde: Im Bereich von CDU und CSU gibt es eine volle Übereinstimmung in den Grundsätzen und den Perspektiven unserer Politik. Es gab die einmütige Meinung im Vorstand, daß der Wahlkampf vor allem unter zwei Aspekten geführt werden muß:

■ keine Einbußen bei den rund 35 Prozent ‚Urwählern‘ der Union zu erleiden,

■ Zugewinne von rund 15 Prozent bei den Wechselwählern zu erzielen.

In dieser Frage stimmen Franz Josef Strauß und ich völlig überein.

Der zentrale Punkt ist unsere Wahlstrategie, und ich bin ganz sicher, daß gerade das Gespräch im Bundesvorstand

wie auch die Gespräche mit den Freunden aus der CSU in der letzten Woche — vor allem mit Strauß — und die Sitzung des Parteipräsidiums der CDU vom vergangenen Freitag dazu beitragen werden, daß wir uns jetzt sehr rasch unserer wesentlichen Aufgabe zuwenden müssen, nämlich der Vorbereitung der Bundestagswahl.

In der Generalausssprache ist natürlich nach den Vorgängen der letzten drei Wochen auch sehr eingehend über die Situation der Partei gesprochen worden. Ich habe darauf hingewiesen, daß eine der großen Gefahren, in der im Augenblick CDU und CSU sich sehen müssen, darin besteht, daß mit sehr zielbewußter Agitation versucht wird, Defätismus in die Partei hineinzutragen. Die demoskopischen Daten — nicht nur eines Instituts und nicht nur einer Quelle — weisen indessen darauf hin, daß wir auch ohne vordergründigen Optimismus allen Grund haben zu sagen: Zwölf Monate vor der Bundestagswahl besteht die gute Chance für CDU und CSU, mit einem überzeugenden Programm, mit einem überzeugenden Personalangebot und gemeinsam das von uns angestrebte Ziel der Übernahme der Regierung für eine bessere Politik für Deutschland zu erreichen.

Wir waren uns im Bundesvorstand auch darüber im klaren, daß wir Vorgänge — wir wir sie in den letzten Tagen oder Wochen hatten — für diese Wahlaus-einandersetzung nicht sehr nützlich sind. Es gibt wichtigere Aufgaben, als eine irgendetwie geartete Nabelschau vorzunehmen und über Dinge zu meditieren, die nicht relevant sind hinsichtlich der tatsächlichen Probleme von heute und morgen. Unser politischer Gegner ist Helmut Schmidt und seine von SPD und FDP getragene Regierung.“

## ■ BUNDESTAGSFRAKTION

# Eigener Entwurf der CDU/CSU zur Reform des Paragraphen 218

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 21. 10. 1975 mit großer Mehrheit (7 Gegenstimmen, 12 Enthaltungen) beschlossen, einen eigenen Gesetzentwurf zur Reform des § 218 StGB im Bundestag einzubringen. Sie bezieht damit ihren Standpunkt in einer richtigen Frage, deren Lösung das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgegeben hat.

### I.

Das Bundesverfassungsgericht hat nicht das gesamte 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts für verfassungswidrig erklärt. Für verfassungswidrig erklärt und aufgehoben worden ist lediglich § 218 a, also die sogenannte Fristenlösung. Die übrigen Bestimmungen sind unberührt geblieben.

Das Bundesverfassungsgericht hat bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung des § 218 StGB eine Übergangsregelung angeordnet, nach der ein Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer der drei folgenden Indikationen straffrei ist:

- ① medizinische Indikation,
- ② eugenische Indikation,
- ③ kriminologische Indikation.

Weiter enthält die Übergangsregelung eine Bestimmung, nach der das Gericht von Strafe absehen kann, wenn der Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen seit der Empfängnis mit

Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommen wurde, um von der Schwangeren eine auf andere ihr zumutbare Weise nicht abzuwendende Gefahr einer schwerwiegenden Notlage abzuwenden.

Die Übergangsregelung des Bundesverfassungsgerichts geht weiter als der frühere Entwurf der CDU/CSU Bundestagsfraktion, da in der Übergangsregelung die eugenische Indikation verselbständigt ist, während sie in dem früheren Entwurf in die medizinische Indikation eingebunden war.

### II.

Der neue **Koalitionsentwurf** zur Reform des § 218 StGB geht von einer medizinischen Indikation aus. Dieser medizinischen Indikation werden die eugenische, die kriminologische und eine Notlagenindikation gleichgestellt. Die Koalition behauptet zwar, die eugenische, die kriminologische und die Notlagenindikation seien in die medizinische Indikation eingebunden, dies ist jedoch nicht richtig, vielmehr sind sie nach dem Wortlaut des Koalitionsentwurfs verselbständigt.

Der Koalitionsentwurf sieht vor, daß jeder Arzt über das Vorliegen einer Indikation befinden kann. Dies dürfte den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts nicht gerecht werden, da das Gericht es bei allen Indikationen für erforderlich hält, daß der „Staat“ das Vor-

liegen der Indikationsvoraussetzungen prüft und gegebenenfalls bescheinigt. Daher muß der Begutachter oder Prüfer zu seiner Aufgabe von einer Behörde ermächtigt sein.

### III.

Der jetzt beschlossene Entwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht von einem übergreifenden Indikationstatbestand aus: In die medizinische Indikation werden die eugenische und die kriminologische Indikation einbezogen. In der Fassung der medizinischen Indikation folgt der Entwurf der Entschließung, die der Deutsche Ärztetag 1973 zur Reform des § 218 StGB gefaßt hat. Diese Entschließung lautet wie folgt:

*„Ein Schwangerschaftsabbruch ist nur dann gerechtfertigt, wenn er nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft angezeigt ist, um von der Schwangeren eine Gefahr für ihr Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihres Gesundheitszustandes abzuwenden. Medizinisch indiziert ist der Schwangerschaftsabbruch unter diesem Gesichtspunkt auch dann, wenn sich die Gefahr für den seelischen Gesundheitszustand der Schwangeren aus einer aufgezwungenen Schwangerschaft, einer begründeten Befürchtung der Schwangeren, ein gesundheitlich schwer geschädigtes Kind zur Welt zu bringen, oder aus einer anders nicht abwendbaren sozialmedizinischen Notsituation der Schwangeren ergibt.“*

Der Vorteil einer übergreifenden medizinischen Indikation liegt darin, daß das

Vorliegen einer Indikation nur von Ärzten festzustellen ist (für bestimmte Einzelfragen können diese Ärzte allerdings Stellungnahmen von Beratungsstellen einholen).

## Beratung soll zur Schwangerschaft ermutigen

**Der Entwurf sieht für das Verfahren drei Stufen vor:**

- ① Beratung der Schwangeren durch eine behördlich ermächtigte Beratungsstelle über soziale Hilfsmaßnahmen. Diese Beratung soll die Schwangere zur Fortsetzung der Schwangerschaft ermutigen.
- ② Beratung durch einen Arzt. Die Schwangere soll auf die medizinischen Gesichtspunkte eines Schwangerschaftsabbruchs hingewiesen werden.
- ③ Zwei besonders ermächtigte Ärzte haben festzustellen, ob die Voraussetzungen einer Indikation vorliegen. Das Ergebnis ihrer Prüfung haben sie schriftlich und mit Begründung dem Arzt, der den Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen beabsichtigt, mitzuteilen.

Dieses Verfahren ist so ausgestaltet, daß es einerseits den betroffenen Frauen das Gefühl nimmt, sich einem „Tribunal“ stellen zu müssen, andererseits eine verantwortliche Feststellung der Indikationen gewährleistet. Die Feststellung durch zwei hierzu besonders ermächtigte Ärzte, von denen keiner mit dem Arzt identisch sein darf, der den Schwangerschaftsabbruch vornimmt, verhindert das Entstehen von Abtreibungskliniken.

## ■ BUNDESHAUSHALT

# SPD/FDP-Koalition degradiert ihre Reformpolitik zu Wildwuchs

Das „Artikelgesetz“ ist der erste Schritt zum Eingeständnis einer gescheiterten Politik. Es bedeutet den Abschied von den Reformversprechen, mit denen die gegenwärtige Regierungskoalition 1969 angetreten ist. Jahrelang setzte sich die SPD/FDP über die Binsenwahrheit hinweg, daß nur das verteilt oder umverteilt werden kann, was vorhanden ist. Sie glaubte offenbar, mit ihrer Mehrheit könne sie auch die Gesetze der Volkswirtschaft außer Kraft setzen.

Wieder einmal wird deutlich: „Wird mehr verteilt, bezahlt die Rechnung durch Inflation und Arbeitslosigkeit oder jetzt z. B. durch Beitrags- und Mehrwertsteuererhöhung immer der kleine Mann, der eigentlich Nutznießer der Weltbeglückung sein sollte.“ Das erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen, in der Bundestagsdebatte über das von der Regierung vorgelegte „Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur“. Hier die Schwerpunkte seiner Kritik:

Die CDU/CSU läßt es nicht zu, daß Regierung und Koalition die Auswirkung des Artikelgesetzes schönfärbereich verharmlosen. Der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister versuchten den Eindruck zu erwecken, als ob durch das Gesetz nur „Wildwuchs“ beseitigt würde. Was jetzt als „Wildwuchs“

bezeichnet wird, das wurde bisher als stolzer Erfolg einer großartigen Politik verkündet:

① Im Jahre 1969 wurde der Landwirtschaft feierlich versprochen, den Einkommensverlust durch die Aufwertung „voll auszugleichen“. Jetzt soll der damals gesetzlich verbürgte Aufwertungsausgleich in vier Stufen als „Wildwuchs“ beseitigt werden.

② Im Jahre 1969 wurde im öffentlichen Dienstrecht von der Regierung der großen Koalition die Bewährungsbeförderung beschlossen, die jetzt im Artikelgesetz wieder beseitigt werden soll. Ist es wirklich eine sinnvolle Beseitigung von „Wildwuchs“, wenn die damals aus doch wohlwogeneren Gründen beschlossene Neuregelung heute Hals über Kopf zu Lasten der jungen Beamten am Anfang ihrer Laufbahn wieder zurückgedreht wird, während bei den parallel dazu vermehrten höheren Beförderungssämtern alles beim alten Stand bleibt?

③ Die Neuregelung der Ortszuschläge für Ehepaare im öffentlichen Dienst bedeutet für sich allein bei Familien mit zwei Kindern eine Einkommenseinbuße von 230 und bei Familien mit vier Kindern sogar etwa 320 Mark monatlich im Laufe der nächsten zwei Jahre. Diese familienbezogenen Teile der Ortszuschläge für Beamte sind im vorigen Jahr bei der Neuregelung des Familienlastenausgleichs unberührt geblieben.

In vielen Fällen ist sogar noch etwas draufgelegt worden auf das, was heute auf einmal als angeblicher „Wildwuchs“ beseitigt werden soll.

- ④ Auch bei den Spar- und Wohnungsbauprämien wurden die Sätze im Rahmen der „Steuerreform“ im vorigen Jahr auf Vorschlag der Regierung neu festgelegt. Jetzt werden diese Sätze auf einen Schlag um 25 Prozent gesenkt. Will die Regierung die betroffenen — ohnehin schon inflationsgeschädigten — Bausparer und Sparer wirklich glauben machen, das sei nur eine sinnvolle und durchdachte Beseitigung von „Wildwuchs“?
- ⑤ Als zugunsten der Einrichtungen des Nahverkehrs vor wenigen Jahren auf Vorschlag der Bundesregierung festgelegt wurde, daß von der Mineralölsteuer dafür ein bestimmter Teil verwendet werden soll — war das wirklich „Wildwuchs“, der jetzt beschnitten werden muß?
- ⑥ Was im 1971 verabschiedeten und als große Tat gefeierten Bundesausbildungsförderungsgesetz jetzt eingeschränkt werden soll — war oder ist das wirklich „Wildwuchs“? Oder war das eine auf Vorschlag der Regierung gewollte Regelung? Ist es wirklich nur eine Beschneidung von „Wildwuchs“, wenn den Studenten, von besonderen Härtefällen abgesehen, im nächsten Jahr die gesetzlich vorgeschriebene Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten zur Sicherstellung des Lebensunterhalts verweigert wird?
- ⑦ Die Begrenzung der Bundesleistungen aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz führt zu einem ganz erheblichen Teil zu einer Verlagerung der Lasten vom Bund auf Länder und Gemeinden, soweit wegen der Bedarfslage die Investitionen nicht aufgeschoben

werden können. Inwiefern liegt eigentlich in dieser Mehrbelastung von Ländern und Gemeinden die Beseitigung von „Wildwuchs“? Es ist doch eine Täuschung der Bürger, wenn zum Beispiel im Bereich des Wohngeldes, der Ausbildungsförderung und des Arbeitsförderungsgesetzes der Bund sich entlastet, aber gleichzeitig über die teilweise Verlagerung dieser Ausgaben auf die Sozialhilfe-Etats der Gemeinden dem gleichen Bürger wieder in die Tasche greift.

- ⑧ Im Arbeitsförderungsgesetz ist Umschulungs- und Fortbildungswilligen mit den Stimmen aller Parteien im Jahre 1969 eine großzügige Förderung als Rechtsanspruch zuerkannt worden. Wenn jetzt das Unterhaltsgeld für neue Fälle stark gekürzt wird (von bisher 90 Prozent des Nettoarbeitsentgelts teils auf 80 Prozent, teils auf nur 58 Prozent), wenn der begünstigte Personenkreis erheblich verkleinert und entgegen der ursprünglichen Zielsetzung des Gesetzes z. B. Hausfrauen, die nach dem Heranwachsen ihrer Kinder einen Beruf ergreifen wollen, weitgehend ausgeschlossen werden, so ist das doch zweifelsfrei nicht Beseitigung von „Wildwuchs“, sondern eindeutig ein Eingriff in die Substanz dieses sozialen Leistungsgesetzes.

Das Artikelgesetz ist nur die Spitze eines Eisberges. Dahinter steht die massivste Steuererhöhung der Nachkriegszeit, die allerdings aus allzu durchsichtigen Gründen erst nach der Bundestagswahl in Kraft treten soll. Die Behauptung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung vom 17. September 1975, daß auf einen Teil Steuererhöhungen drei Teile Ausgabekürzungen kommen, ist eine Irreführung der Bürger.

## ■ KOALITION

### Kühns mutlose Erben in Nordrhein-Westfalen

„Blamabel“, „Führungskrise“, „Kühns mutlose Erben“, „Die SPD-Posse“ — unter diesen Überschriften setzt sich die deutsche Presse mit dem Ergebnis des Landesparteitages der nordrhein-westfälischen SPD in Mönchengladbach auseinander. Fünf Monate nach einer Wahl, bei der die SPD durch Täuschung des Wählers noch einmal mit einem blauen Auge davonkam, präsentiert sich die Partei in einem desolaten Zustand. Die seit langem schwelende Führungskrise ist offen ausgebrochen.

Die unzufriedenen Delegierten stürzten den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden und Landtagswahlkampfleiter, Hans Otto Bäumer, kritisierten in unverblümter Form den nur knapp wiedergewählten Landesvorsitzenden Werner Figgen, dem man „Unbeweglichkeit“, „mangelnde Präsenz“ und „fehlenden Einfluß“ vorwarf; schließlich ließ man seinem Unmut über die Nachfolgekandidaten des Ministerpräsidenten Heinz Kühn ungezügelt Lauf. Bemerkenswert war eine Feststellung am Rande: Von den mehr als 300 Delegierten der SPD, die sich so gern als die einzige Arbeiterpartei feiert, bezeichneten sich noch lediglich 16 als Arbeiter.

### Zweckmäßigkeit hat Vorrang vor der Moral

Die Bundesregierung wendet ihre „politischen Instrumente“ bei der Menschenrechtsverletzung durch Diktaturen unterschiedlich an, weil sie sich nicht nur von moralischen Erwägungen, sondern sich auch von der „Frage der

Zweckmäßigkeit“ leiten läßt. Das erklärte Marie Schlei, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler, jetzt auf die Frage der Opposition, weshalb Bonn wegen der Hinrichtungen in Spanien den deutschen Botschafter zur Berichterstattung aberufen, bei der anschließenden Ermordung eines Flüchtlings durch die Todesmaschinerie der „DDR“ aber auf einen solchen Schritt verzichtet habe.

### Der SPD ist das Lachen vergangen

Weil ein witziger Bonner Journalist im Angesicht von 40 Milliarden DM Schulden in der Bundeskasse eine Ersatz-„Banknote“ über 100 „Defizit“-Mark erfand, ereifert sich der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Konrad Porzner, über diese „Verunglimpfung“ des Bundeskanzlers und wirft Erfinder und Verbreitern der „Banknote“ ein „ekelhaftes Niveau“ vor. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte bereits im Ältestenrat des Bundestages beantragt, eine ähnlich merkwürdige Erklärung des Abgeordneten Porzner wegen „absoluter Humorlosigkeit“ streichen zu lassen. Sie wiederholt diesen Vorschlag nach Porzners öffentlicher Erklärung noch einmal.

### Politisierung der Armee soll verheimlicht werden

Der Bundesminister der Verteidigung hat mit massiven Drohungen versucht, die Ausstrahlung eines Beitrages im ZDF-Magazin zu verhindern, der sich mit einer skandalösen Stellenbesetzung im Bereich der Bundeswehr befaßt. Ohne den Inhalt der Sendung zu kennen, hat er dienstlich gebotene Fürsorge für die Soldaten vorgeschützt, um Dreharbeiten im Bereich der Hochschule und Interviews von Hochschul-

angehörigen zu untersagen. CDU-Sprecher Weiskirch erklärte hierzu, daß eine solche Maßnahme „in der Tat so etwas wie Zensur auf kaltem Wege ist“. Und: „Wenn eine solche Denkweise Schule machte, wäre es mit der Pressefreiheit wirklich bald passé.“

Eine Reihe Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU aber haben mündliche Anfragen gestellt, um parlamentarisch den Beweis für die Behauptung der CDU/CSU anzutreten daß es eine Tendenz zur parteipolitischen Beeinflussung von Personalentscheidungen gibt, denen sich die Union im Interesse der Bundeswehr mit Entschiedenheit widersetzt.

## Neun Milliarden Zinsen

1976 werden die Zinsausgaben des Bundes gegenüber dem laufenden Jahr um nicht weniger als 43 Prozent ansteigen: 9 Mrd. DM stehen im kommenden Jahr für Zinszahlungen im Bundesetat. 1975 kommt Apel noch mit 6,3 Mrd. DM aus. 1977 explodiert der Ansatz für Zinsen im Bundeshaushalt noch einmal um über 29 Prozent gegenüber 1976, was auf 11,6 Mrd. DM absolut hinausläuft. 1978 werden es wiederum 16 Prozent mehr als 1977 sein, insgesamt 13,5 Mrd. DM. Auch 1979 schnellen die Zinsausgaben wegen der horrenden Verschuldung in den letzten Jahren um fast elf Prozent auf rund 15 Mrd. DM empor.

## Mit Willy Brandt zum Sozialismus

Willy Brandt will spätestens 1980 wieder an die Macht — als Bundeskanzler einer sozialistischen Regierung mit absoluter SPD-Mehrheit. Dann soll es endgültig ernst werden mit der System-Veränderung. Das ist dem Informationsdienst Curt L. Schmitt zufolge, die

zwangsläufige Schlußfolgerung aus einer vertraulichen, wissenschaftlichen Studie, die auf Informationen aus den innersten Führungskreisen der SPD beruht.

„Die ständig stärker werdende ‚Brandt-Fraktion‘ in der SPD eskaliert die Comeback-Kampagne, indem sie gleichzeitig das Ansehen von Regierungschef Schmidt systematisch durch Gerüchte torpediert“ (Berichte über schwerwiegende Krankheiten und Rücktrittsabsichten). Nach einer Schilderung der Strömungen innerhalb der SPD stellt die Studie fest: „Der Vertrauens-Bonus im Volk, die Zustimmung der Partei-Basis und internationales Ansehen können einen von der Parteiführung gewollten Regierungsturz Schmidts nicht verhindern.“

## Das Bundespresseamt rüstet zum Wahlkampf '76

Die Bonner Regierungssprecher pflegen stets heftig zu reagieren, wenn ihr Bundespresseamt der Parteilichkeit bezichtigt wird. Dabei konnte sich in allen Landtagswahlkämpfen der letzten beiden Jahre jedermann „am Objekt“ davon überzeugen, daß die Regierungsparteien das BPA als ihr wohlfeiles Propagandainstitut betrachten — und entsprechend einsetzen. Dem Leiter der Abteilung II des Bundespresseamtes haben wir es zu danken, daß der Charakter dieser Behörde nun einmal aktenkundig gemacht worden ist. Er gab nämlich in einem Rundschreiben seinen Mitarbeitern bekannt, daß im Bundestagswahljahr 1976 die Ferientermine auf die zu erwartende Wahlkampflage eingestimmt werden müßten. Wörtlich: „Nach einem ersten Höhepunkt im Frühsommer werden die Wahlkampfaktivitäten im September am größten sein. Darum bitte ich Sie schon

heute, Ihre Urlaubsplanungen so zu gestalten, daß wir im September und Oktober 1976 mit voller Personalstärke arbeiten können.“ Wann immer die Leiter des Hauses fortan die Parteilichkeit des BPA und seine Verfilzung mit den Propagandazentralen der SPD und FDP abstreiten werden, wird man sie fragen müssen, warum sie denn schon ein Jahr vor der Bundestagswahl ihr Personal vergattern und auf den Wahlkampf trimmen!

### Frontalangriff gegen Mißwirtschaft der Koalition

Einen Frontalangriff gegen die SPD/FDP-Bundesregierung hat der Chef der Westdeutschen Landesbank und anerkannte Wirtschaftsfachmann Ludwig Poullain unternommen. Statt des immer wieder von der SPD geweisagten Aufschwungs bestehe die Gefahr eines neuen schlimmen Inflationsschubes. Poullain stellte zum Thema Arbeitslosigkeit fest: „In Bonn wird eine Politik betrieben, die die Moral der Truppe verdirbt. Wenn aus dem Heer der Arbeitslosen eine Armee von freiwilligen Arbeitslosen wird, die mit Nebenarbeiten besser leben als vorher, dann darf man das nicht den Menschen anlasten. Schuld ist der Staat, der mit Gesetzen Menschen auffordert, genau dies zu tun.“

Zum Thema Staatsausgaben: „Die Bundesregierung sieht aus wie ein Unternehmen, in dem man sich nur noch überlegt, wie man den am nächsten Tag fälligen Wechsel einlöst. Die Verschuldung wird 1976 rund 40 Milliarden Mark betragen. Das hat zur Folge, daß das Wort von der ‚sozialen Demontage‘ zum billigen Geschwätz wird. Es führt nur zur größten sozialen Ungerechtigkeit, zur Inflation, weil der Staat über seine Verhältnisse lebt.“

## ■ SCHLAGLICHTER

**DIE FINANZMINISTER UND IHRE DEFIZITE:** 1965: 1,3 Mrd. DM (R. Dahlgren, FDP); 1969; — (F. J. Strauß, CSU); 1971: 0,8 Mrd. DM (A. Möller, SPD); 1974: 9,0 Mrd. DM (H. Schmidt, SPD); 1975: 40,0 Mrd. DM (H. Apel, SPD).

**TARNSPRACHE DER LINKEN:** „Zielorientierte Wirtschaftspolitik“ empfiehlt der Ex-Kanzleramtsminister und Linksaußen Horst Ehmke als Bezeichnung für Investitionslenkung. In der „Frankfurter Rundschau“ bekannte er, es sei „das Wichtigste“, dieses Thema „nicht tabuisieren zu lassen“.

### WAS IST EIGENTLICH EINE MILLIARDE?

Zunächst mal: 1 000 Millionen. Man kann es sich auch so vorstellen: Eine Mrd. DM in bar ist ein 900 m hoher Turm von 100-DM-Scheinen, d. h. die fünffache Höhe des Kölner Doms wird erreicht.

Eine Mrd. DM in Fünf-DM-Stücken füllt zwei Güterzüge von je 50 Waggons.

Wer das 40-Mrd.-DM-Loch im Bundesetat mit Fünf-DM-Stücken füllen will, braucht dazu 1 000 Lkw.

**MAL WIEDER FALSCH ZAHLEN:** Apel kündigte eine monatliche Mehrbelastung von 20 DM für jeden Haushalt für die Zeit nach der Mehrwertsteueranhebung 1977 an. Hermann Fredersdorf, Vorsitzender des Bundes Deutscher Steuerbeamten, hat nachgerechnet: Es werden 40 DM. „Ich fürchte, wenn seine volkswirtschaftlichen Rechner ihn nicht richtig aufklären, lassen sie ihn wieder mal falsch laufen...“

### WEHNERS URTEIL ÜBER EHMKE:

„Ehmke ist mir viel zu wenig Parlamentarier, als daß ich sein Urteil respektieren könnte.“

## ■ 25 JAHRE BUNDESPARTEI

# Helmut Kohl: Wir stehen zur Geschichte der Union

**25 Jahre CDU, 30 Jahre christlich-demokratische Politik — das war der Anlaß für einen Empfang des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Helmut Kohl, im großen Saal des Konrad-Adenauer-Hauses, zu dem neben zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens noch 65 von jenen Delegierten erschienen waren, die auf dem ersten Parteitag der CDU in Goslar die Bundes-CDU gegründet hatten. Von Goslar bis Mannheim: In Anwesenheit der Ehrenvorsitzenden und Altbundeskanzler Erhard und Kiesinger zeichnete Helmut Kohl die wesentlichsten Stationen der Parteigeschichte nach, einer kontinuierlichen Entwicklung, „zu der wir auch heute stehen“. Helmut Kohl zu den mehr als 1 000 Gästen:**

**D**ie Männer und Frauen, die vor 30 Jahren in den ersten Anfängen dieser Republik Politik auf christlich-demokratischer Grundlage begannen, die aus dieser Haltung heraus in Goslar vor 25 Jahren die CDU bundesweit gründeten, kamen aus unterschiedlichen geschichtlichen Strömungen. Diese Herkunft schloß die persönlichen Erfahrungen mit der Nazi-Barbarei ebenso ein wie den aktiven Widerstand gegen Adolf Hitler, die innere und äußere Emigration, die bitteren Erfahrungen auf den Schlachtfeldern Europas; diese Herkunft gründete vor allem bei den Älteren auf den Erlebnissen der unter-

gehenden Weimarer Republik. Jene Erfahrungen schufen in diesen Bürgern die gemeinsame Überzeugung über die Notwendigkeit, den Wiederaufbau dieses Staates auf einer neuen geistigen und moralischen Grundlage zu wagen.

Wir sind eine Partei, die sich ihrer Geschichte stellt. Sie ist nie Höhen und Tiefen in ihrer Entwicklung ausgewichen. Es ist eine Partei, die weiß, daß ein Volk ohne das Bekenntnis zur eigenen Geschichte und den Lehren aus seiner Vergangenheit keine Zukunft hat. Aus diesem Grunde stehen wir zu unserer Tradition.

In diesen Tagen wird immer wieder darüber öffentlich nachgedacht, was von den ersten geistigen Grundlagen seit dem Ahlener Programm bis hin zum Berliner Programm gilt. Hier will ich unmißverständlich festhalten: Wer sich heute über das Ahlener Programm äußert, der sollte es erst einmal lesen; der sollte sich danach in die konkrete Lage des Jahres 1947 hineinversetzen: in das Erlebnis der Demontage, der völlig zerschlagenen Industrie an Rhein und Ruhr, der Auflagen der Besatzungsmächte zu Verstaatlichung oder Abbau der deutschen Wirtschaft.

Dann kann die Antwort nur lauten: Man kann nicht Teile einer geschichtlichen Entwicklung kappen, sondern muß sie aus der jeweiligen Situation heraus begreifen und aus ihr lernen. Deshalb markiert das Ahlener Programm einen

Punkt in der Geschichte der CDU, der bis heute aktuell geblieben ist. Es ist ein geistiger Ursprung, der auch heute noch Einfluß auf unser Handeln hat, weil er sich bis ins Berliner Programm als dem heute geltenden Handlungsmaßstab der Union kontinuierlich fortentwickelte.

## Ein erster Schritt

Dieses Ahlener Programm war der erste Schritt zu der Erkenntnis der CDU, nie einen Weg des Kapitalismus oder des Sozialismus zu beschreiten. Es war der Beginn auf der Suche nach dem eigenen Weg; dem Weg, den die Partei zurückgelegt hat. Es war die Geburtsstunde christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik, die die soziale Marktwirtschaft und jene Gesellschaftspolitik unter Führung Ludwig Erhards entwickelte, die den Sozialismus wie auch den Kapitalismus überwand.

Und diese Erkenntnis um den richtigen Weg von Ahlen über Düsseldorf bis zum heutigen Tag bestimmt die politische Handlungsweise der CDU. Daß diese Jahre unter den Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger nicht die schlechtesten Jahre dieser Bundesrepublik waren, das weiß heute jeder.

Die Union hat in der deutschen Nachkriegspolitik unverrückbare Markierungen hinterlassen, auf die wir mit Recht stolz sind. Sie gelten auch heute noch. Diese Entwicklung, der sich die CSU gleichermaßen verpflichtet fühlte, wurde getragen durch die Ideen der christlich-sozialen Bewegung durch die geistige Grundlage der evangelischen und katholischen Soziallehre. Durch die Union wurde die Gesellschaftspolitik angesichts der Erfahrungen aus dem Dritten Reich nach den Prinzipien des Liberalismus geformt; eines Liberalis-

mus, der in der Programmatik der Partei einen hervorragenden Platz einnimmt und andauernder Auftrag an uns ist.

Wir haben unsere Politik auf den Anspruch der Sozialpflichtigkeit, der sozialen Verantwortung der Solidarität gegründet. Dies wird unsere Arbeit auch in Zukunft bestimmen. Zum anderen haben wir unter der Führung Konrad Adenauers viel früher als andere erkannt, daß der Weg des Nationalstaates des 19. Jahrhunderts ohne Zukunft ist. Daß es gilt zu einer die nationalen Grenzen überwindenden Bewegung aufzubrechen. Wir haben uns auf den Weg nach einem gemeinsamen Europa gemacht.

Wir haben uns immer wieder in unserer Politik dem Ziel verpflichtet gefühlt, die Teilung Deutschlands in Freiheit zu überwinden. Deshalb haben wir mit Vorrang für die Freiheit und für das politische Zusammenleben im freien Westen entschieden.

## Wir bleiben Volkspartei

Die CDU hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten manchmal schwerer getan als andere, weil sie sich von Beginn an als Volkspartei verstand. Das war und ist mehr als eine bloße Addition von Einzelinteressen. Das war und ist der Zwang zum vernünftigen Gespräch untereinander, der Zwang zum Ausgleich, zum Kompromiß. In diesem Geist haben wir die Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten begründet. In diesem Geist haben sich in der CDU die christlich-soziale, die liberale und die konservative Bewegung verbunden. Wenn der CDU nur eine dieser geistigen Richtungen fehlen würde, dann wären wir nicht mehr Volkspartei. Und genau die aber wollen wir bleiben.

## ■ PARTEITAG RHEINLAND-PFALZ

# Christlich-soziale Politik gegen Irrlehre des Sozialismus

**In Einigkeit und Solidarität wird die CDU um die absolute Mehrheit bei den Bundestagswahlen im Herbst 1976 ringen. Mit diesem Auftrag Helmut Kohls an die 450 Delegierten endete der 20. Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz; unter dieses Motto stellen die Vertreter der einzelnen Gliederungen der Partei ihre Arbeit an der Basis, bei der es darum gehen wird, „mit Überzeugungskraft und Herz“ um jede Stimme zu kämpfen für die „Alternative '76 CDU“.**

Dieser 20. Landesparteitag, bei dem keine Neuwahlen des Vorstandes anstanden, folgte dem Aufruf des 23. Bundesparteitages, auf dem Boden der Mannheimer Erklärung das politische Programm der CDU zu diskutieren und die Ergebnisse dieser Grundsatzdebatte in Thesen zusammenzufassen.

In einem Grundsatzreferat bekräftigte der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Bernhard Vogel, die Aufforderung an die Delegierten, sich in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht so sehr von tagespolitischen Fragen leiten zu lassen. Vielmehr müsse es darum gehen, der Irrlehre des Sozialismus den grundsätzlichen Anspruch christlich-sozialer Politik entgegenzusetzen.

In diesem Sinne faßte er auch die Aufforderung an die Delegierten für ihre

Arbeit in den nächsten zwölf Monaten zusammen. Es gelte, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Wählern deutlich zu machen, daß „die Union die soziale, die liberale, die konservative

Partei in Deutschland ist“. Sie sei allein in der Lage, eine Politik zu verwirklichen, die den Staat als Diener der Bürger versteht; die verhindert, daß die Menschen zu bevormundeten Objekten des Staates werden, eines Staates, der seine Bürger des persönlichen Freiheitsraums beraubt und festlegt, was unter dem Glück des einzelnen zu verstehen ist.

Mit dem Blick auf die sogenannte „sozial-liberale“ Koalition setzte sich Vogel mit der Rolle der FDP auseinander, der er ein ausgesprochen „illiberales Denken“ vorwarf. „Die FDP“, so Vogel, „steht nicht auf der Seite liberalen Denkens, wenn es darum geht, Indoktrination und Ideologie von den Schulen fernzuhalten.“ Das angeblich historische Bündnis zwischen SPD und FDP stelle immer mehr die Eigenständigkeit der FDP in Frage. Auch einem Bundeswirtschaftsminister Friderichs könne es auf Dauer nicht gelingen, sich „in der Öffentlichkeit liberal zu geben und im Bundeskabinett sozialistisch zu stimmen“.

Engagiert wurde in vier Arbeitskreisen um die Thesen gerungen, die in den nächsten Wochen bis hinunter zur Orts-

verbandsebene diskutiert und anschließend der Grundsatzkommission unter Vorsitz der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Richard von Weizsäcker zu-geleitet werden sollen.

## Sicherung des Lebens der Bürger

Im Arbeitskreis I kam man zum Thema „Sicherung des Lebens“ vor allem zu folgenden Forderungen:

- Schutz des Bürgers vor drohenden Gefahren
- Verhinderung der Verharmlosung von Terror und Gewalt
- Verbesserter Strafvollzug zur Wiedereingliederung der Straftäter
- Beschleunigung von Strafverfahren
- Ursachenforschung zur Entstehung der Kriminalität
- Unterstützung der Familie bei der Aufgabe der Erziehung
- Verbesserung der Lebensbedingungen Behinderter in der Gesellschaft.

Der Arbeitskreis II „Chancengleichheit durch Strukturpolitik“ verlangte einen mittelfristigen Orientierungsrahmen mit steuer- und gesellschaftspolitischen Bedingungen, um den Unternehmen sichere Perspektiven für ihre eigenen Entwicklungschancen aufzuzeigen. Forderungen:

- Abbau des strukturpolitischen Stadt-Land-Gefälles
- Verbesserung der beruflichen Bildung
- Beteiligung breiter Volksschichten an den Erträgen und Produktivkapital der Wirtschaft
- Verbesserung der Ertragslage und der Wettbewerbsfähigkeit der mittelständigen Wirtschaft.

Der Arbeitskreis III „Freiheit durch Bildung“ arbeitete das Leitbild christlicher

Erziehung heraus: der entscheidungsfähige, verantwortungsbewußte Mensch. Um diesem Anspruch nahe zu kommen, formulierten die Delegierten u. a. folgende Thesen:

- Verstärkte Einbeziehung der Medien in die schulische und außerschulische Bildungsarbeit
- Partnerschaft von Elternhaus und Schule in der Erziehung
- Orientierung der Mitwirkung und Mitbestimmung nach dem Auftrag der Bildungseinrichtungen
- Entfaltungsfreiheit durch ein Bildungswesen mit differenzierten Angeboten
- Gleichrangige Behandlung von Studienplatz- und Berufsbildungsangeboten
- Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre
- Sicherung der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft.

## Mittel der Sozialpolitik gerechter einsetzen

Die vorhandenen finanziellen Mittel der Sozialpolitik müssen wirksamer und gerechter eingesetzt werden. Im Arbeitskreis IV „Selbstentfaltung durch soziale Sicherheit“ war man sich einig, daß nicht eine Erhöhung der Mittel, sondern vielmehr eine Umstrukturierung der Sozialpolitik oberstes Gebot sei. Wichtigste Forderungen:

- Schutz der schwachen Gruppen der Gesellschaft vor den Folgen der wirtschaftlichen Krise
- Entwicklung langfristiger ökonomischer Konzepte zur Sicherung wirksamer sozialer Strukturen
- Übertragung von staatlichen Aufgaben in private Verantwortung.

## ZITAT

### Weg von Godesberg

*Der Alptraum, unter seiner Führung könnte die SPD sich spalten, spielt bei den Entscheidungen des Parteivor-sitzenden Brandt eine beherrschende Rolle. Der Wille, dies unter allen Um-ständen zu verhindern, bestimmt sein Verhalten, vor allem, seit es dem linken Flügel der Partei Ende der sechziger Jahre gelang, einen Teil des Einflusses zurückzugewinnen, den er mit der An-nahme des Godesberger Programms verloren hatte.*

*Welches Gewicht ihm inzwischen zu-gewachsen ist, zeigte schon die Tat-sache, daß der erste, noch unter Helmut Schmidts Leitung erarbeitete Orientie-rungsrahmen, „Langzeitprogramm“ ge-nannt, scheiterte. Die Zurücknahme des zweiten Entwurfs zugunsten eines drit-ten bestätigt dieses Urteil; denn die Par-teilinken waren es, die den nun abge-halterten zweiten Entwurf in so ent-scheidenden Aussagen, wie denen zur staatlichen Investitionslenkung, ablehnten. Noch bezeichnender ist, daß die Ausführungen zur Investitionslenkung in der neuesten Vorlage sich immer wieder auf das Godesberger Programm beru-fen. Vor allem jene Passagen werden zitiert, die das damals verkündete Ja zur Marktwirtschaft relativieren und an Bedingungen knüpfen.*

### Anschrift:

*Die Veränderung wird sichtbar im Un-behagen an der Marktwirtschaft, das den einmütig verabschiedeten Textent-wurf durchzieht. In ihm ist von Melde-verfahren für Investitionen die Rede, in ihm werden die Möglichkeiten staatli-cher Planung in allen nur möglichen De-tails eruiert, und der Gegensatz zwi-schen direkter und indirekter Investi-tionslenkung wird als Scheinalternative abgetan. Und auch diese Sätze finden sich: „Mittel sozialdemokratischer Wirt-schaftspolitik ist daher marktwirtschaft-liche Ordnung mit rigoroser gesetzlicher Regelung des Wettbewerbs und strikter Sozialbindung. Wieweit dies gelingen kann, läßt sich gegenwärtig nicht beant-worten.“ Für die Zukunft der Marktwirt-schaft also will die SPD nicht mehr ein-stehen. Im Godesberger Programm wäre dieser Satz so nicht möglich gewesen. Aber Godesberg ist lange her, und die SPD scheint auf linkem Kurs die Breiten der Volkspartei zu verlassen.*

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**  
17. Oktober 1975

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich-Demo-krischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bank-verbinding:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. Einzel-preis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**U i D**